

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

„Wir sagen euch an, den lieben Advent – sehet die erste Kerze brennt...“ Wie eigentlich in jedem Jahr, ist es nahezu unfassbar wie schnell die letzten Tage gegen Ende des Jahres vergehen – und man sich dann mir nichts, dir nichts plötzlich schon unter dem Christbaum wieder findet. Wenn wir all' das, was uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Blick auf die Bundesebene gerade so auf Trab hält, einmal



für einen Moment völlig außer Acht lassen, dann können wir uns auf die kommende Zeit der Besinnlichkeit, der Einkehr und Ruhe und der schönen Adventssonntage mit Familie und Freunden, bei einem Glühwein auf dem Weihnachtsmarkt oder einfach zuhause bei Kaffee und Plätzchen, freuen. Ich für meinen Teil tue das und wünsche euch von Herzen, dass es euch genauso geht – spätestens, wenn dann die zweite Kerze auf dem Adventskranz brennt.

Und das dürfen wir auch: Obwohl wir immer noch „nur“ eine geschäftsführende Regierung haben, geht das Leben in der Bundesrepublik seinen geordneten Gang: Wir alle gehen normal zur Arbeit, der Müll wird weiter regelmäßig abgeholt und dienstags und freitags ist in Betzdorf immer noch Wochenmarkt. Von einer Regierungs- oder Staatskrise kann also keine Rede sein. Deshalb gibt es für mich zwar die Notwendigkeit für Gespräche mit den anderen Parteien, zu denen der Bundespräsident aufgerufen hat – aber ebenso gibt es keinen Automatismus zu einer Großen Koalition. Und das Verhalten der Union in der vergangenen Woche bei der Glyphosat-Neuzulassung spricht auch nicht wirklich dafür. Natürlich beschäftigt mich all' das sehr – aber dennoch: freuen wir uns auf die kommende Vorweihnachtszeit!

Ich wünsche euch viel Spaß mit der heutigen „Wahlkreispost“!

Eure Sabine



# WER SAGT DIE WAHRHEIT, WER NICHT?

*CDU Rheinland-Pfalz versinkt immer tiefer im Mauss-Sumpf*

Die Parteispitze der rheinland-pfälzischen CDU hat sich zu den Vorwürfen gegen ihren Bundestagsabgeordneten Peter Bleser geäußert und interne Aktenvermerke der Verbandsgemeinde Simmern sowie Schreiben des BKA an Journalisten verschickt.



„Die Mauss-Affäre hat die CDU fest im Griff“, so der rheinland-pfälzische SPD-Generalsekretär Daniel Stich. Sicherlich sei das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht. „Es ist die gewohnte Manier: Peter Bleser spult zum wiederholten Male die alte Leier ab, er und die CDU hätten sich nichts vorzuwerfen. Währenddessen versucht die Parteispitze in Mainz, alle Verantwortung auf Bleser abzuwälzen. Ähnlich hatten Klöckner & Co. auch vor Monaten schon agiert und dafür gesorgt, dass Bleser seinen Posten als Schatzmeister aufgab“, so Stich.

Interessant sei zudem, was die Mainzer CDU-Parteispitze derzeit in den Ring werfe, um sich selbst reinzuwaschen. „Datenschutz gilt für die CDU wohl nur so lange, wie sie nicht selbst einen Vorteil davon haben könnte, wenn Akten öffentlich werden? Das ist eine äußerst zweifelhafte Rechtsauffassung von Seiten einer Partei. Dass die CDU interne Aktenvermerke der Verbandsgemeinde Simmern und Schreiben des BKA wie mit der Gießkanne nach draußen gibt, macht eindeutig greifbar, wie groß die Verzweiflung sein muss“, meint der SPD-Politiker.

Wer wusste von den Mauss-Mauscheleien und der engen Verbindung zwischen Bleser und Mauss? Wer von der CDU vergisst jetzt gerne mal, wovon die Partei über Jahre oder gar Jahrzehnte profitierte? Kommt nun endlich ans Licht, was die Partei über Jahre vertuscht hat? Für Stich stehen diese Fragen unbeantwortet im Raum. Fakt sei für ihn aber bereits jetzt: „Die rheinland-pfälzische CDU versinkt immer tiefer im Mauss-Sumpf.“

## GLYPHOSAT-ZULASSUNG: SCHWERER VERTRAUENSBRUCH IN GESCHÄFTSFÜHRENDER BUNDESREGIERUNG

*Alleingang von CSU-Agrarminister Schmidt bei Abstimmung in Brüssel – SPD: Unkrautvernichter muss in Deutschland eingeschränkt werden*

Die Europäische Union hat die Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat um fünf Jahre verlängert. Sie wäre eigentlich Mitte Dezember ausgelaufen. Möglich wurde das durch die Zustimmung des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Brüssel. Damit hat Deutschland sich anders verhalten als bisher. Denn das Bundesumweltministerium unter Führung von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ist gegen die weitere Zulassung. Das Landwirtschaftsministerium unter Führung von Christian Schmidt (CSU) dafür. In solch einem Fall ist es eigentlich bewährte Tradition, sich der Stimme zu enthalten.

Der unabgestimmte Alleingang von Schmidt ist angesichts der geschäftsführend im Amt regierenden Großen Koalition für die SPD-Bundestagsfraktion nicht akzeptabel. Fraktionschefin Andrea Nahles betont: „Das ist ein schwerer Vertrauensbruch. Ich stelle mir vor dem Hintergrund dieser einsamen Entscheidung die Frage, ob Frau Merkel ihre eigenen Leute nicht im Griff hat. Mit Blick auf anstehende Gespräche zwischen SPD und Union ergänzt Nahles: „Wir empfinden das wirklich als schwere Belastung.“



Die Sozialdemokraten sind aus zwei Gründen gegen das Pestizid: zum einen ist es womöglich krebserregend, zum anderen wächst dort, wo Glyphosat ausgebracht wird, kein Gras mehr – auch kein Kraut, Strauch oder Moos. Das massenhaft in der Landwirtschaft eingesetzte Gift tötet damit die Nahrungsgrundlage für Insekten und Vögel. Es wird maßgeblich für den Artenschwund mitverantwortlich gemacht.

SPD-Parteichef Martin Schulz machte deutlich, dass die Sozialdemokraten die Anwendung des Unkrautvernichters in Deutschland so weit wie möglich einschränken und wenn möglich verbieten wollen. „Eine künftige Bundesregierung muss hieran arbeiten und die notwendigen Rechtsvoraussetzungen schaffen“, sagte er.

## AIDS-PRÄVENTION BLEIBT UNVERÄNDERT WICHTIG

*Infectionszahlen gehen zurück – Diskriminierung entgegenwirken*

Anlässlich des Welt-AIDS-Tags am 1. Dezember bewertete Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler die AIDS-Präventionsarbeit in Rheinland-Pfalz insgesamt als erfolgreich. „Doch trotz der grundsätzlich positiven Tendenz bei den Zahlen der HIV-Neuinfektionen dürfen wir in unserer Präventionsarbeit nicht nachlassen. Deshalb setzt Rheinland-Pfalz konsequent auf Informationen und Aufklärung.“

Ende 2016 lebten in Deutschland etwa 88.400 Menschen mit HIV und rund 460 Menschen starben im Jahr 2016 mit oder an HIV. Laut Angaben des Robert-Koch-Instituts bleibt die Anzahl der Neuerkrankungen mit HIV in Deutschland für das Jahr 2016 mit etwa 3.100 gegenüber dem Vorjahr jedoch recht konstant. In Rheinland-Pfalz infizierten sich im Jahr 2016 rund 110 Menschen neu mit HIV und es lebten mehr als 2.500 Menschen mit HIV/AIDS in Rheinland-Pfalz.

Vor allem mit Blick auf die geschlechtsspezifischen HIV-Erstdiagnosen sei weiterhin ein zielgruppenspezifisches Beratungsangebot wichtig. Deshalb wies die Ministerin darauf hin, dass in Rheinland-Pfalz für jeden das Angebot bestehe, einen anonymen Test auf eine HIV-Infektion durchführen zu lassen. „In allen AIDS-Beratungsstellen der Gesundheitsämter wird eine eingehende Beratung und Blutentnahme angeboten. Der HIV-Test erfolgt kostenlos durch das Landesuntersuchungsamt Rheinland-Pfalz. Außerdem sind mit Landesmitteln in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte vor allem der rheinland-pfälzischen AIDS-Hilfen zur Verbesserung des Beratungs- und Hilfeangebotes finanziell unterstützt worden“, so Bätzing-Lichtenthäler weiter.



„Um bereits junge Menschen zu erreichen, müssen wir vor allem Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen bei ihrer Aufklärungsarbeit nach Kräften unterstützen“, erklärte Ministerin Bätzing-Lichtenthäler. Als ein besonders gutes Beispiel für Präventionsarbeit an Schulen hob die Ministerin die jährlich im November an weiterführenden und berufsbildenden Schulen stattfindende Schulpräventionswoche zu HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Infektionen hervor, die von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) organisiert wird. Fachkräfte der Gesundheitsämter und der AIDS-Hilfen informieren Schülerinnen und Schüler darüber, wie sie im Bereich der Sexualität ihre Gesundheit schützen und erhalten können.

„Der seit 1988 jährlich stattfindende Gedenktag trägt dazu bei, die Krankheit im Bewusstsein der Öffentlichkeit präsent zu halten und der Diskriminierung von HIV-infizierten Menschen im Alltag durch gezielte Information und Aufklärung entgegenzuwirken“, betonte die Ministerin. Die Kampagne zum Welt-AIDS-Tag steht in diesem Jahr unter dem Motto „Positiv zusammen leben“.

## SECHS WEITERE KOMMUNEN „SIND DABEI“

### *4. Landestreffen der Initiative „Ich bin dabei“ von Ministerpräsidentin Malu Dreyer – Ehrenamtliche weiter stärken*

„Ob Bürgerbus, Reparatur-Café, Lesespaß oder Natur erleben – durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und die Initiative „Ich bin dabei!“ ist auch in diesem Jahr eine Vielzahl an Projekten entstanden, die das Gemeindeleben bereichern und durch die positive Atmosphäre in den Projektgruppen das Gemeindegefühl stärken. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Engagierten, den Moderationsteams und Bürgermeistern, dass sie sich auf die neue Idee der Initiative eingelassen haben“, sagte der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Clemens Hoch, beim vierten Landestreffen der Initiative „Ich bin dabei!“, das am Montag mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Staffel in der Staatskanzlei stattfand.

Knapp die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ist ehrenamtlich engagiert. Das Land liegt damit beim freiwilligen Engagement an der Spitze der Bundesländer in Deutschland. Jedoch gibt es auch Menschen, die ihren Weg zu einem möglichen Engagement noch nicht gefunden haben. Darauf gibt die Initiative von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem Beauftragten für ehrenamtliches Engagement, Bernhard Nacke, seit 2013 eine Antwort.



Mit der Initiative will die Ministerpräsidentin zusammen mit den Kommunen das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und dabei aktiv auf Bürgerinnen und Bürger zugehen. Außerdem soll Kommunen dabei geholfen werden, das bestehende Engagement durch Weiterentwicklung von Strategien und Strukturen zu unterstützen.



In der vierten Staffel beteiligten sich die Stadt Ingelheim am Rhein sowie die Verbandsgemeinden Bad Sobernheim, Betzdorf-Gebhardshain, Flammersfeld, Hagenbach und Hamm (Sieg). Dort sind 46 Projektgruppen entstanden, in denen sich rund 350 Menschen engagieren. Die thematische Bandbreite der Projektgruppen

ist groß, denn jede Kommune ermöglicht vor Ort den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die Ideen umzusetzen, die sie selbst wünschen und eigenverantwortlich realisieren.

„Wir wissen, wie wichtig das bürgerschaftliche Engagement für unsere Gesellschaft ist. Ohne diesen freiwilligen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger würde unser soziales, kulturelles, aber auch unser politisches Zusammenleben nicht so gut funktionieren. Gleichzeitig interessieren sich viele Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl und wollen sich dementsprechend engagieren. Auf Landesebene wollen wir die Kommunen und Bürgerinnen und Bürger vor Ort deshalb weiterhin begleiten und unterstützen“, so der Chef der Staatskanzlei.

An der Initiative sind mittlerweile 22 Kommunen beteiligt: Die Städte Boppard und Worms, die Verbandsgemeinden Kirn-Land, Nierstein-Oppenheim, Prüm und Sprendlingen-Gensingen aus der ersten Staffel, die Stadt Andernach und die Verbandsgemeinden Adenau, Bernkastel-Kues, Otterbach-Otterberg und Traben-Trarbach aus der zweiten Staffel, die Stadt Kirn und die Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Heidesheim, Montabaur, Rhein-Selz (erweiterte VG Nierstein-Oppenheim) und Stromberg aus der dritten Staffel sowie die sechs Städte und Verbandsgemeinden der vierten Staffel. In diesen 22 Kommunen gibt es jetzt rund 210 Projektgruppen und 1.280 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zum Teil schon bis zu vier Jahre aktiv sind.